

BLD / Postulat Die Mitte-EVP-Fraktion vom 13. Juni 2022

Ursachen des Lehrermangels verdienen fundierte Analyse

Antrag der Regierung vom 8. November 2022

Gutheissung mit folgendem Wortlaut: «Die Regierung wird deshalb eingeladen, die lokalen Schulleitungen und Schulträger nicht im Regen stehen zu lassen, sondern sämtliche relevanten Ursachen für den grassierenden Lehrermangel zu ermitteln sowie entsprechende kurz-, mittel- und langfristige Gegenmassnahmen vorzuschlagen, welche das Problem abmildern, ohne die hohe Schulqualität im Kanton St.Gallen zu beeinträchtigen, und darüber Bericht zu erstatten. Der Bericht soll der Regierung unter anderem auch die Gelegenheit bieten, auf jüngst eingereichte Interpellationsfragestellungen etwas vertiefter einzugehen, als sie dies bei den betreffenden Interpellationsantworten tun konnte dem Kantonsrat über die Ursachen der angespannten Situation auf dem Lehrerstellenmarkt Bericht zu erstatten und Massnahmen aufzuzeigen, die kurz-, mittel- und langfristig zur Entspannung beitragen und die kommunalen Schulträger unterstützen, den Schwankungen von Angebot und Nachfrage auf dem Lehrerstellenmarkt ohne Qualitätseinbusse zu begegnen.»

Begründung:

Die Weichen für die verlangte Analyse sind gestellt: Einerseits hat die Regierung im Frühjahr 2022 den Bericht 40.22.01 «Perspektiven der Volksschule 2030» verabschiedet, den der Kantonsrat in der Novembersession 2022 berät. Der Bericht kann aufgrund seiner breiten Auslegeordnung zur Volksschule als Ganzes als elementare Grundlage für eine Berichterstattung zur vorliegenden Thematik genutzt werden. Andererseits hat der Bildungsrat im Juli 2022 eine breit abgestützte Arbeitsgruppe bestellt, die sich den Ursachen der aktuellen Herausforderungen auf dem Lehrerstellenmarkt und möglichen Gegenmassnahmen annimmt. Der Arbeitsgruppe gehören namentlich der Verband St.Galler Volksschulträger (SGV), der Kantonale Lehrerinnen- und Lehrerverband (KLV), der Verband Schulleiterinnen und Schulleiter Kanton St.Gallen (VSLSG), der Verband Personal Öffentlicher Dienste (VPOD), die Pädagogische Hochschule St.Gallen (PHSG) und der Verband Privater Sonderschulträger (VPS) an. Je nach Verlauf des Prozesses besteht die Möglichkeit, dass situativ weitere Anspruchsgruppen beigezogen werden. Die Arbeitsgruppe hat ihre Arbeit bereits im Juni 2022 vor der offiziellen Einsetzung durch den Bildungsrat aufgenommen. Sie nimmt eine Auslegeordnung vor, definiert verschiedene Handlungsfelder und schlägt auf diesen kurz-, mittel- und langfristige Massnahmen vor. Als Arbeitsergebnis verfasst sie einen Bericht mit dem Vorschlag eines Massnahmenpakets. Ihre Erkenntnisse werden direkt in den Bericht zur Erfüllung des vorliegenden Postulats einfließen.